



Einreicher:

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Gespräche zur Umsetzung der Mietenbremse

Erstellungsdatum 21.01.2013

Eingang 902:

Datum der Sitzung: 30.01.2013

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Durch Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist der Oberbürgermeister aufgefordert worden, Gespräche mit Wohnungsunternehmen zu führen, um die für die Pro Potsdam vorgeschriebene Beschränkung der Mietentwicklung (Mietenbremse) möglichst auf die ganze Stadt zu erweitern. Dazu gehören auch private Wohnungsunternehmen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Wie ist der Stand der Gespräche mit anderen Wohnungsunternehmen zur freiwilligen Übernahme der Bedingungen der „Mietenbremse“?

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Unterschrift